



ASYLANTRAG WURDE VOR EINIGER ZEIT ABGELEHNT

Kurz vor der Abschiebung: Langkebbba C. darf nicht heiraten

Bitte Taschentücher und Erdnüsse bereithalten, Sie erleben hier das vorzeitige Ende einer großen Romanze. Susanne B. wollte ja so gerne ihren Freund Langkebbba C. heiraten, der sich schon längere Zeit in Österreich aufhielt. Allerdings mit einem abgelehnten Asylantrag. Die Polizei funkte deshalb kurz vor dem Ja-Wort dazwischen, wie der [FOCUS](#) berichtet (mit Video):

Der Grund für die Aktion: Der Mann aus Gambia lebt in Österreich, obwohl sein Asylantrag bereits vor einiger Zeit abgelehnt wurde. Doch Susanne B. sagt, erst wenige Tage vor der Hochzeit sei Langkebbba C. der Pass abgenommen worden. Für die freiwillige Ausreise hätte er sich am Freitag in Wien melden sollen. „Wir wollten heiraten und dann gemeinsam nach Wien fahren.“

Doch nun sitzt Langkebbba C. offensichtlich in Abschiebehaft. Eine furchtbare Situation auch für seine Partnerin. „Meine zwei Kinder lieben ihn wie einen Vater. Er hat sich nie etwas zu Schulden kommen lassen.“ Wie es jetzt weitergeht? Susanne

B.: „Ich habe keine Ahnung. Mein Leben wurde umgekrempelt. Ich hoffe einfach, dass er bald wieder nach Hause kommen kann.“

Da können wir die Susanne beruhigen, er ist auf dem direkten Weg dorthin. Und dank des Migrationspakts darf sie ihrer großen Liebe auch direkt nach Gambia hinterher reisen. Was das Zusammenleben in Österreich angeht, muss sich der Langkebbba allerdings an die Einreisegesetze des Landes halten, wie alle anderen auch. Sonderrechte für Schwarze kennt Österreich nicht. Sollte er Arzt oder Ingenieur sein, wird er aber sicher schnell einen Posten bekommen, für seinen Lebensunterhalt selber sorgen und seine geliebte Susanne mit ihren zwei Kindern auch ernähren und unterhalten können.



Der Nächste bitte!

Von SELBERDENKER | *(Vorsicht! Dieser Text hat christliche Inhalte und ist in erster Linie für Christen oder für an christlichen Themen Interessierte gedacht.)*

[Die Adventszeit](#) hat mal wieder begonnen. In den Supermärkten warten die Paletten mit den „Schoko-Weihnachtsmännern“ auf Kundschaft, der trendigste X-mas-Style wurde als Deko überall in die Schaufenster und ins Internet geklatscht und zwischen Merkel-Pollern, geschützt von teils schwer bewaffneten Polizisten, kann man sich auf politisch korrekt kastrierten „Lichtermärkten“ die schöne neue Welt behaglich saufen.

Doch zwischen Weihnachtsstress, Werteverfall und Wahnsinn, begraben unter Kitsch, Kümmel und Kommerz – da ist irgendwo noch der Sinn von Weihnachten zu finden. Doch wer will ihn überhaupt noch sehen?

Die Ankunft des Herrn

„Adventus Domini“ bedeutet die Ankunft des Herrn. Die Weihnachtszeit ist eine Zeit der Erinnerung daran, dass und unter welchen Umständen Jesus als Mensch zur Welt gekommen ist. Der historische Jesus ist nicht am 25. Dezember. Das Ereignis wird nur an Weihnachten gefeiert. Die Adventszeit ist ebenfalls symbolisch gesetzt und soll eine Zeit der Einkehr, des besinnlichen Wartens auf Weihnachten – aber auch auf die Wiederkehr Christi am Ende der Zeit sein.

Das Schwert der Vernunft

Der historische Jesus von Nazareth war Jude. Er wurde als Jude geboren, wuchs mit jüdischem Selbstverständnis in jüdischer Tradition auf – und aller Wahrscheinlichkeit nach starb Jesus von Nazareth auch in dem Bewußtsein, ein Jude zu sein. Christus ist nur aus dem Judentum heraus zu verstehen. Doch er brachte revolutionäre Neuerungen.

Der christliche Kaiser Manuel II. stellte einige Zeit vor der islamischen Belagerung von Konstantinopel zwischen 1394 und 1402 bekanntlich einem Moslem die Frage, was der Islam, im Vergleich zur Botschaft Jesu, Neues gebracht habe, das nicht schlecht und inhuman sei. Die Frage des Kaisers steht weiterhin im Raum und man kann die von Papst Benedikt XVI. bekannt gemachten Aussagen nicht oft genug in Erinnerung rufen:

Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, daß er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten. [...] Gott hat kein Gefallen am Blut – und nicht vernunftgemäß zu handeln, ist dem Wesen Gottes

zuwider. Der Glaube ist Frucht der Seele, nicht des Körpers. Wer also jemanden zum Glauben führen will, braucht die Fähigkeit zur guten Rede und ein rechtes Denken, nicht aber Gewalt und Drohungen. Um eine vernünftige Seele zu überzeugen, braucht man nicht seinen Arm, nicht Schlagwerkzeuge noch sonst eines der Mittel, durch die man jemanden mit dem Tod bedrohen kann [...].

Hier wurde ein Streich mit der Klinge der Vernunft geführt, der nie pariert wurde. Das Judentum kommt ohne Islam und Christentum aus. Das Christentum kommt ohne Islam aus. Der Islam jedoch ist ohne Judentum und Christentum undenkbar – verdreht und verdammt sie zugleich. Doch lassen wir die Islamkritik an dieser Stelle und widmen uns wieder dem Christentum. Was hat Jesus eigentlich Neues gebracht?

Er offenbarte die Liebe Gottes und lebte sie uns selbst vor. Er wertete den Menschen gegenüber Gott in bis dahin völlig undenkbarer Weise auf. Gott reichte in Jesus allen Menschen die Hand zur Vergebung, die nur er selbst reichen konnte. Er tat dies auf gleicher Augenhöhe – als Mensch. Die Hand Gottes anzunehmen bedarf einer freiwilligen Entscheidung. Das ist Christentum.

Gewalt oder weltlicher Zwang im Namen des Christentums kommt von Menschen, nicht aus den Schriften des neuen Bundes. [DEUS VULT CARITATEM!](#) Gott will die Liebe! Doch was bedeutet das für die verbliebenen Christen? Wie weit soll das gehen? Diese Fragen leiten zum eigentlichen Thema dieses Textes über.

Was muss Nächstenliebe bedeuten?

Der Begriff der Nächstenliebe stammt aus dem alten Testament. Er kommt schon in den zehn Geboten vor und bezieht sich zunächst auf die Menschen im näheren Umfeld. Es wird der Umgang zwischen den Menschen im alltäglichen Leben geregelt. Schon im alten Testament wird dabei die Selbstliebe vorausgesetzt:

„An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin JHWH.“ (3. Mose 19,18)

Jesus baut hier auf. Auf die Frage, welches das Wichtigste der Gebote sei, antwortet er:

„Das erste ist: Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist der einzige Herr. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit all deinen Gedanken und all deiner Kraft. Als zweites kommt hinzu: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Kein anderes Gebot ist größer als diese beiden“ (Mk 12, 29-31).

Die Liebe zu Gott ist also der Nächstenliebe vorangestellt und die Selbstliebe ist Voraussetzung für die Liebe zum Nächsten. Jesus geht sogar noch weiter und verknüpft Gottes- und Nächstenliebe:

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40)

Diese Stelle ist schon immer Verpflichtung für Christen gewesen, Notleidenden zu helfen. Es trieb sie in die weite Welt oder öffnete großzügig ihre Geldbörsen für Spenden. Je weiter weg man Hilfe leistete, umso edler galt die Tat. Das ist bis heute so. Viele halfen irgendwelchen Leuten in der Ferne, verloren dabei jedoch die eigenen Leute aus den Augen, vernachlässigten die eigenen Kinder, Eltern, Ehepartner und Freunde. Sie zogen Fremde den Eigenen vor, zu denen sie kaum Bindungen hatten. Bei unserer Kirche habe ich oft beobachtet, wie Leute Geldscheine in Sammelboxen für Burkina Faso gesteckt haben und an Bettlern auf den eigenen Straßen vorbei gingen, ohne ihnen auch nur einen Blick zu schenken. Man spendet an „die Welt“, investiert viel Zeit in der benachbarten Flüchtlingsunterkunft – während das eigene Familienleben vor

die Hunde geht. Natürlich kann man auch Fremden helfen. Doch ist Nächstenliebe so gemeint? Sollte man nicht erst gründlich vor der eigenen Haustüre kehren, bevor man in Afrika damit anfängt?

Fernstenliebe als politisches Diktat

Die Politik hat Religion schon immer für die eigenen Zwecke benutzt und verbogen. Islam erscheint der Legitimation von Herrschaft und Expansion sogar auf den Leib geschneidert.

Die gegenwärtige Politik bedient sich derzeit grenzenlos am guten Willen und der Hilfsbereitschaft der abendländisch geprägten Europäer, wenn es darum geht, globalistische Umsiedlungspläne pauschal im Mantel der Nothilfe zu legitimieren. Die oberste „Christdemokratin“ macht das gerade vor, betreibt geheuchelte Fernstenliebe auf Kosten derer, denen sie eigentlich zu dienen hat.

Passend dazu haben wir gerade einen Papst im Vatikan, der illegalen Einwanderern medienwirksam die Füße wäscht, während er mit seinen Nächsten [weniger bescheiden und selbstlos](#) zu begegnen scheint. Es ist die Zeit der großen Heuchler.

Gott überfordert den Menschen nicht – Politik schon

Viele „Engel der Nächstenliebe“ verdienen ein Schweinegeld mit ihrem „Edelmut“. Die Allgemeinheit zahlt – sie kassieren. Meiner Ansicht nach ist Nächstenliebe nicht die Verpflichtung, die Welt zu retten. Das vermag ein Mensch nicht. Das wird Gott auch nicht verlangen. Nächstenliebe darf nicht vor politische oder wirtschaftliche Karren gespannt werden. Nächstenliebe muss immer Entscheidung des freien Willens sein, damit sie etwas wert ist. Menschen sollten immer zuerst für ihre Nächsten da sein. So entstehen echte Bindungen, die die Menschen glücklich machen, die stabile emotionale Fundamente für Gesellschaften sind und Kraft geben. Hohe anonyme Geldspenden oder erzwungene „Hilfsbereitschaft“ können das nicht. Wer sich wahllos für die Fernsten aufreißt, entfremdet

sich von den Nächsten. Wir leben in einer zunehmend bindungslosen Zeit. Unsere eigenen Leute brauchen uns dringender, wissen unsere Zuwendung wirklich zu schätzen und sie brauchen uns zuerst. Das Wichtigste ist die eigene Familie, dann die eigenen Freunde, dann die Nachbarn, dann der Nächste auf der Straße.

Wer das alles gut auf die Reihe bekommt, kann seinen Blick weiter schweifen lassen. Doch wer kann das schon von sich sagen?



„Aquarius“ darf auf Malta anlegen – Deutschland nimmt Migranten auf

Von PLUTO | Die [maltesische Regierung ist eingeknickt](#) und hat der „Aquarius“ gestattet, einen ihrer Häfen mit 141 illegalen Einwanderern anzulaufen. Die Menschen sollen auf mehrere EU-Staaten wie Frankreich, Luxemburg, Portugal, Spanien und natürlich auch Deutschland verteilt werden.

Damit ist es den selbsternannten Seenotrettern von SOS-Méditerranée und Ärzte ohne Grenzen erneut gelungen, Europa mit einer Quasi-Erpressung unter Druck zu setzen. Bereits im Juni hatte das Schiff händeringend einen Hafen für rd. 600 Menschen gesucht, die sich mit Schlauchbooten ihrer Schleuser

auf das Meer vor Libyen gewagt hatten und unterwegs aufgenommen worden waren. Damals hatte Spanien sich großzügig gezeigt und einen seiner Häfen geöffnet. Das war vor dem Besuch der deutschen Kanzlerin auf der iberischen Halbinsel. Niemand weiß, wo sich die 600 Einwanderer inzwischen befinden. Vermutlich viele auf dem Weg nach Deutschland, ihrem Zielland Nummer 1.

Italien hatte sich damals strikt geweigert, der „Aquarius“ das Einlaufen in einen ihrer Häfen zu gestatten. Auch dieses Mal blieb die italienische Regierung hart. England, Frankreich und Spanien hatten abgewinkt, weil ihre Häfen nicht die nächstgelegenen seien. Gibraltar erklärte laut der österreichischen Kronen-Zeitung, dass sie der [„Aquarius“](#) [inzwischen untersagt](#) hätten, das Schiff künftig unter der Flagge des britischen Überseegebiets fahren zu lassen. Zur Begründung hieß es, das Schiff sei in Gibraltar als Forschungsschiff registriert worden, nicht als Rettungsschiff.

Malta erklärte nun, dass es dem Schiff erlauben würde, seine Häfen anzusteuern, obwohl es keine Verpflichtung hat, dies zu tun. Offen bleibt, warum die „Aquarius“ nicht von der zuständigen libyschen Rettungsleitstelle angewiesen worden war, die vor der libyschen Küste aufgenommenen Menschen in einen nahen libyschen Hafen zu verbringen. Dies hätte internationalen Seerechts-Regeln entsprochen. Stattdessen fuhr die „Aquarius“-Besatzung eigenen Aussagen zufolge auf Anweisung Libyens Richtung Malta, um sich dort einen „sicheren“ Hafen zuweisen zu lassen. Die „Aquarius“ hatte allerdings erklärt, Libyen komme als sicherer Ort nicht infrage. Das [meldete die Kronen-Zeitung](#). In deutschen Medien war davon nichts zu lesen.

Wenn die EU-Mittelmeeranrainer-Staaten sich nicht weiterem Druck durch private Seenotretter und ihrer medialen Netzwerke aussetzen und das Schleusergeschäft auf dem Mittelmeer unterbinden wollen, dann müssen sie die „Aquarius“ als letztes verbleibendes Schiff in Malta festsetzen. Aufgrund der

bisherigen Abschottungsmaßnahmen und der an die Kette gelegten übrigen NGO-Schiffe ist die Zahl der Überfahrten und der Ertrinkungstoten auf der zentralen Mittelmeerroute im Halbjahr 2018 im Vergleich zu 2017 bereits stark zurückgegangen.



Umvolkung: Die wahren Gründe

Von C. JAHN | Kein einziges Argument der von der Staatsführung vorgebrachten Rechtfertigungsgründe für die Umvolkungspolitik ist glaubwürdig, wie sich im [zweiten Teil dieser PI-NEWS-Serie](#) (Teil 1 [hier](#)) erkennen ließ. Alles nur Vorwände, Täuschungen, Lügen und Märchen. Im dritten und letzten Teil soll es nun um die wahren Gründe gehen, weswegen Deutschland und Westeuropa so radikal umgevolkt werden.

1. Umvolkung als Mittel zur kulturevolutionären Selbstzerstörung

Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden in ganz Westeuropa die zuvor zeitlich befristeten Gastarbeiterprogramme in dauerhaft unbefristete Siedlungsprogramme, d.h. inklusive Familiennachzug und Anspruch auf Wohnrecht auch im Falle von Arbeitslosigkeit, umstrukturiert. Arbeitskräftemangel bestand zu dieser Zeit in Westeuropa bekanntlich schon lange nicht mehr. Die Gründe für die seinerzeitige Neuausrichtung der einstigen Gastarbeiterpolitik waren daher auch nicht mehr pragmatisch,

sondern ausschließlich ideologisch und sind in engstem Zusammenhang mit den ab den späten 60er-Jahren in der gesamten westlichen Welt rasant an Einfluss gewinnenden Gedankenwelten der sogenannten „68er Bewegung“ zu sehen.

Die 68er standen in der Geistesstradition der chinesisch-maoistischen Kulturrevolution von 1966 und proklamierten genau wie ihr maoistisches Vorbild in Rotchina die Schaffung eines „neuen“ Menschen durch Zerschlagung aller „alten“ Kulturelemente. Zu den zahllosen Spielarten von „Gegenkultur“, die sich nach 1966, verstärkt ab 1968 in der westlichen Welt entwickelten, zählte auch die politisch gewollte Ansiedlung außereuropäischer Kulturen als soziopolitischem Gegenelement zur „alten“, aus kulturrevolutionärer Perspektive nun ausschließlich negativ bewerteten Kultur Europas. Die Ansiedlung von Türken im seit 1968 politisch zunehmend nach links driftenden Westdeutschland wandelte sich somit von einem rein praktischen Programm zur Behebung von Arbeitskräftenangel zu einem weiteren Mittel unter vielen anderen zum Zweck der Zerstörung der „alten“, d.h. traditionellen deutschen Kultur in Deutschland. Ausgehend von diesem kulturrevolutionär-maoistischen Hintergrund prägte spätestens seit den 70er Jahren der generell jede Umvolkungspolitik kennzeichnende aggressive Wille, d.h. eine sich bewusst gegen die einheimische Bevölkerung wendende Zielgerichtetheit der staatlichen Siedlungsmaßnahmen, die Denk- und Handlungsweisen großer Teile der politischen Szenerie im damaligen Westdeutschland. Auch wenn sich dieser zielgerichtete Wille ursprünglich nur bei sehr kleinen radikalen Randgruppen, den „68ern“ und der Partei der sogenannten „Grünen“ als deren parlamentarischer Manifestation, erkennen ließ, hat sich dieses Gedankengut im Lauf der Zeit bis auf Regierungsebene durchgesetzt. Der Staat mag heute jede Menge andere Gründe seiner Siedlungspolitik vorschützen: All diese vorgebrachten Gründe ändern nichts an der Tatsache, dass das Fundament seiner Politik eine ideologisch radikale Ideologie darstellt, deren politisches Ziel es letztlich ist, mit Hilfe von

Siedlungsmaßnahmen das über Jahrhunderte gewachsene traditionelle Kulturgefüge in Deutschland schlagartig zu zerstören. Ein solches Ziel ist unverkennbar ein feindseliger, gegen die kulturelle und ethnopolitische Selbstbestimmtheit der Deutschen in ihrem angestammten Land gerichteter staatlicher Akt.

2. Umvolkung zwecks „Nie wieder Deutschland“

Während der kulturevolutionäre Hintergrund der Siedlungspolitik nahezu niemals offensiv thematisiert wird – wohl auch da die kulturevolutionär-maoistische Tradition der 68er zum Teil in Vergessenheit geraten ist – , wird das Ziel einer „Abschaffung Deutschlands“ insbesondere im linken und damit äußerst einflussreichen Spektrum klar und deutlich propagiert. „Nie wieder Deutschland!“, „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“, „Deutschland verrecke!“ sind beliebte Parolen in diesem Milieu. Der solchermaßen artikulierte Hass richtet sich gegen das Land „Deutschland“ in seiner jahrhundertealten Definition als Land der Deutschen. Aus Sicht dieser hasserfüllten, bekennend anti-deutsch radikalisierten Szene, der sich bekanntlich auch namhafte Vertreter des Establishments wie die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, gern zugesellen, gilt es genau diese Zuschreibung Deutschlands als Land der Deutschen mit Hilfe der Umvolkungspolitik zu ändern: Sobald die Deutschen in Deutschland nur noch eine ethnische Minderheit darstellen, entfällt natürlich jede Rechtfertigung für einen Landesnamen „Deutschland“. Auch die gegenwärtigen sprachlichen Tendenzen, das Wort „Deutschland“ schon heute in öffentlichen Verlautbarungen durch anonymisierte Begriffe wie „unser Land“ oder „unsere Republik“ zu ersetzen, deuten ganz unverkennbar in diese Richtung: Auf die Verdrängung des Landesnamens aus dem offiziellen Sprachgebrauch wird im Zuge des ethnischen Umbaus auch die formelle Abschaffung dieses Landesnamens folgen, dies ist nur eine Frage der Zeit. Die unverhohlene Deutlichkeit, mit der der Hass auf „Deutschland“ insbesondere

im mächtigen, staatstragenden linken Milieu artikuliert wird, macht es dabei leicht, diese ganz direkt gegen die Deutschen und deren besondere historische Rechte auf Deutschland gerichtete Stoßrichtung der staatlichen Siedlungspolitik als eindeutig feindselig zu enttarnen.

3. Umvolkung zur Beseitigung der Nationalstaaten in der „EU“

Neben der Gedankenwelt der 68er bildet die politische Grundproblematik der sogenannten „Europäischen Union“ einen weiteren, ganz wesentlichen Gesichtspunkt der derzeit in ganz Westeuropa praktizierten Siedlungspolitik. Die angestrebte „Einigung Europas“, sofern das überhaupt jemals möglich ist, kann wohl tatsächlich nur gelingen, indem die einzelnen Staaten immer weiter entmachtet werden und letztlich eine politische Struktur in Europa entsteht, die dem Österreichisch-Ungarischen Imperium des 19. Jahrhunderts ähnelt: ein polyethnisch besiedeltes Gebiet mit einheitlicher Währung und Verwaltung, in dem sich die Siedlungsräume der einzelnen Völker nicht klar abgrenzen lassen. Solange letzteres noch nicht der Fall ist, werden die Grenzzäune zwischen den einzelnen Staaten, auch wenn sie in der Landschaft nicht mehr sichtbar sind, in den Köpfen der Menschen fortbestehen und bei nächster Gelegenheit wieder emporwachsen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Die Grenzen in Europa sind mit Ausnahme der Schweiz und dem fragilen Kunststaat Belgien keine willkürlich gezogenen Grenzen, sondern allesamt gewachsene Grenzen zwischen unterschiedlichen Völkern. Und da der Mensch ein Gruppenwesen ist und sich stets nach der eigenen Gruppe orientiert, werden diese Grenzen Bestand haben, solange diesseits und jenseits dieser Grenzen weiterhin unterschiedliche Völker leben.

Aus Sicht der „EU“ gilt es daher genau diese Unterschiedlichkeit der Völker Europas zu beseitigen: Die innereuropäischen Grenzen werden erst dann endgültig hinfällig, wenn beidseits dieser Grenzen eine nahezu identische ethnische Struktur erreicht ist. Da es allerdings

Jahrhunderte dauern kann, bis sich Holländer, Franzosen und Deutsche allein durch die Personenfreizügigkeit zwischen diesen Ländern ethnisch vollständig angeglichen haben, bildet die möglichst flächendeckende Ansiedlung anderer, außereuropäischer Völker ohne Frage den schnellsten Weg zur Herstellung einer auch großräumig so weit angeglichenen ethnischen Struktur, dass sich die Binnengrenzen nicht mehr ethnopolitisch rechtfertigen lassen. Dass diese Zielsetzung in bestimmten Regionen bereits erreicht wurde, lässt sich heute vor allem in der Grenzregion zwischen Deutschland, Holland und Belgien beobachten: Aachen, Lüttich und die südholändischen Städte sind längst allesamt weitgehend arabisch-türkisch geprägt, die einheimische deutsch-flämisch-niederländische Bevölkerung bildet nur noch die jeweils lokale Folklore. Ein Zitat aus dem Vietnam-Krieg kommt einem in den Sinn: „Zerstören, um zu retten“. Man zerstört das europäische Europa, um eine Einigung Europas herbeizuführen, obwohl dieses geeinigte Europa dann nichts mehr mit Europa zu tun hat. Auch in diesem Fall zielt die ethnische Siedlungspolitik in der Hauptsache erkennbar auf eine territorialpolitische Abdrängung der Einheimischen, es handelt sich daher ganz eindeutig um eine politisch zu verurteilende Umvolkungspolitik.

4. Umvolkung als biologisches Zuchtprojekt

Ohne die staatliche Ansiedlung von Afrikanern, Arabern und Afghanen würden die Deutschen „[in Inzucht degenerieren](#)“. Dieses Zitat stammt nicht von irgendeinem versponnenen Verschwörungstheoretiker, sondern von Wolfgang Schäuble höchstpersönlich, einem der wichtigsten Vertrauten Angela Merkels und ganz klar führenden Vordenker in ihrer engsten Clique. Ein solcher Mann schwatzt nicht drauflos, sondern hat in jahrelanger politischer Kernerarbeit gelernt, jedes Wort sorgsam abzuwägen, bevor er es artikuliert. Schäubles Hinweis auf diese biologistische Motivation der staatlichen Siedlungspolitik ist daher ernstzunehmen. Auch unmittelbar nach der Massenansiedlung von jungen arabischen Männern im

Herbst 2015 wurden Teilnehmer der zahlreichen amtlich und halbamtlich organisierten „Flüchtlingstreffs“ den Eindruck nicht los, dass die dort von städtischen Bediensteten oder Kirchenleuten in die Wege geleitete Verkopplung arabischer Männer mit jungen deutschen Frauen nicht völlig frei von politischen Zielsetzungen erfolgte. Besonderen Ekel angesichts solcher biologistischer Ideologien und der damit verbundenen halbseidenen Praktiken von Staat und Kirche ergreift den Beobachter allerdings angesichts der geistigen Nähe der Schäubleschen Zuchtpolitik zu den arischen Zuchtzielsetzungen im Dritten Reich. Zwar sind die Zielsetzungen aus der engsten Merkel-Clique den Zielsetzungen aus der Zeit des Dritten Reiches diametral entgegengesetzt – möglichst „arische“ Züchtung damals, möglichst keine „arische“ Züchtung heute – aber beide Motive und Praktiken sind desselben Geistes Kind. Derartigen Gedankengängen staatlicher Bevölkerungskonstrukteure sollte man damals wie heute am besten ins Gesicht spucken.

5. Umvolkung zur Ansiedlung von Wählern der Systemparteien

Bevölkerungsstrategisch gesehen befinden sich die alten Systemparteien und die in ganz Westeuropa neu emporstrebenden rechten, rechtsliberalen und freiheitlich-konservativen Parteien in einem Wettlauf. Dass die in Westeuropa angesiedelten Araber jemals Le Pen, die FPÖ, die Lega oder die AfD wählen werden, ist extrem unwahrscheinlich. Die staatstragenden Parteien haben diese Chance auf Erschließung zusätzlichen Wählerpotenzials durch Ansiedlung früh erkannt: Vielzitiert ist Daniel Cohn-Bendits legendäre Aussage, die Grünen müssten so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland holen, dann für deren Wahlrecht kämpfen und so jene Stimmenanteile für die grüne Partei erreichen, die nötig sind, um Deutschland zu verändern. Dieser politische Fahrplan der Grünen – und nach deren Vorbild später auch der übrigen Parteien – wurde bekanntlich genau so umgesetzt. Tatsächlich prägt die ethnopolitische Machtverschiebung zugunsten der

Siedler die politische Landschaft Westeuropas schon heute: In Österreich wäre bei der Bundespräsidentenwahl 2016 der Kandidat Alexander von der Bellen ohne die Stimmen der in Österreich angesiedelten Türken, nur mit den Stimmen der einheimischen Deutsch-Österreicher, niemals Bundespräsident geworden, sondern der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer.

Dieser Wettlauf zwischen den Systemparteien einerseits, die sich von der Massenansiedlung mehr Wählerstimmen versprechen, und andererseits den neu aufstrebenden, sich gegen eine solche Politik zur Wehr setzenden Oppositionsparteien ist noch keinesfalls entschieden. Jedes Jahr siedelt die Bundesregierung etwa eine halbe Million Araber und Afrikaner an, inklusive Familiennachzug – alles Wähler der CDU, der sonstigen Systemparteien sowie der auch in Deutschland wie in ganz Westeuropa in den Startlöchern stehenden neuen islamischen Parteien. Diese halbe Million Wähler pro Jahr entspricht einem Stimmenanteil von etwa 4%, um den die AfD jede Legislaturperiode wachsen müsste, um allein diese Bevölkerungsverschiebung auszugleichen. Auch wenn daher die allgegenwärtigen Schattenseiten der Umvolkung der AfD in die Hände spielen und diese Partei unter den Deutschen in Deutschland an Zuspruch gewinnt, ist noch keinesfalls gesagt, dass es der AfD gelingen wird, die Siedlungspolitik der Systemparteien auszubremsen, bevor die ethnischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland endgültig gekippt worden sind und die Systemparteien mit ihrer dann vorwiegend aus Kolonisten bestehenden Wählerschaft doch noch als Sieger der Geschichte dastehen.

Auch diese Motivation, durch ethnische Siedlungspolitik eine Änderung der ethnischen Mehrheitsverhältnisse zum Nutzen bestimmter Parteien zu schaffen, ist ganz eindeutig als eine gegen die einheimische Bevölkerung gerichtete Umvolkungspolitik zu bezeichnen und entsprechend politisch zu verurteilen.

6. Umvolkung zur Profitmaximierung der Asylindustrie

Neben diesen fünf ideologisch bedingten und politstrategischen Motiven gibt es mit Sicherheit auch ein ganz profanes Motiv hinter der Siedlungspolitik, das in seiner Bedeutung für das heutige Geschehen nicht unterschätzt werden sollte. Die schiere Dimension des ethnischen Umbaus eines ganzen Kontinents, die zügige Ansiedlung von Millionen Menschen, die nahezu gleichzeitig nach Westeuropa und Deutschland eindringen und hier versorgt werden wollen, hat in den vergangenen Jahren den Aufbau einer engen Verflechtung von Staat, Kirche, Nichtregierungsorganisationen sowie einer ganzen Reihe von individuellen Kriegsgewinnlern geführt, die allesamt gleichermaßen auch finanziell von der Umvolkung profitieren. Jedes Jahr fließen etwa 50 Milliarden Euro aus dem deutschen Steuerhaushalt in die Taschen der an der Umvolkung beteiligten Personenkreise: nicht nur in die Taschen der Siedler selbst, sondern auch in die Taschen ihrer deutschen Helfershelfer. Als Asylanwalt oder privater Betreiber einer Unterkunft für die angeblichen „Flüchtlinge“ der Bundesregierung ist es heutzutage fast unmöglich, nicht reich zu werden. Auch auf indirektem Weg, als korrupter Mitarbeiter in der städtischen Ausländerbehörde oder als korrupter Asylrichter, gibt es für jeden, der sich nicht allzu dumm anstellt, einiges zu holen. Würde der Strom der Eindringlinge plötzlich ausbleiben, würden Zigtausende von staatlich gesponserten deutschen Nutznießern einen wesentlichen Teil ihres Einkommens, vielleicht sogar ihre Arbeit oder sonstige Geschäftsgrundlage verlieren, müssten auf ihre Beförderung oder größere Abteilung verzichten und sich im schlimmsten Fall ihr nächstes Auto eine Nummer kleiner kaufen. Kein Wunder also, dass insbesondere die mit Abstand größten Profiteure der Umvolkung, die Kirchen, nicht müde werden, das Paradies einer polyethnischen Bevölkerungsstruktur in Deutschland zu predigen: Schon Jesus hätte Israel umgevolkt, lautet die Botschaft.

Man darf daher lebensnah davon ausgehen, dass es ungeachtet der teils sehr unterschiedlichen ideologischen Ziele den unmittelbar an dieser Politik beteiligten Personen letztlich

ganz gewiss auch um das viele Geld geht, das in diesem Geschäft zu holen ist. Dieses ganze System trägt sich von selbst: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Kein anderes Motiv für die Umvolkungspolitik, den staatlich organisierten Hochverrat an den Deutschen, ist niederträchtiger als Geld, kein anderes Motiv aber vermutlich so ausschlaggebend.

Fazit:

Nicht ein einziges der von staatlicher Seite üblicherweise vorgebrachten Argumente zur politischen Rechtfertigung der ethnischen Siedlungspolitik hat sich als tatsächlich begründet und überzeugend herausgestellt, wie sich bereits im zweiten Teil dieser Serie erkennen ließ. Politisch schlüssig sind – neben dem zuletzt genannten Argument profaner Profitgier – allein die oben diskutierten ideologischen und strategischen Motive. All diesen Motiven ist trotz ihrer teils erheblichen politischen Unterschiede eines gemeinsam: Die geistige Stoßrichtung richtet sich in letzter Konsequenz immer gegen die Deutschen, ihre Kultur, ihr Recht auf ein eigenes Land, den von ihnen bewohnten zusammenhängenden Siedlungsraum, ihre biologisches Gen-Pool, ihren machtpolitischen Spielraum. Die Ansiedlung anderer Völkerschaften in Deutschland ist daher grundsätzlich immer ein Mittel zum selben Zweck, den Einheimischen in der ein oder anderen Form zu schaden und ihren politischen Einfluss im eigenen Land zu beschneiden. Genau durch eine solche Zielsetzung wird der Begriff der Umvolkung definiert. Was wir in Deutschland seit Jahrzehnten erleben, ist somit tatsächlich nichts anderes als eine klassische, aggressiv gegen die einheimische Bevölkerung gerichtete Umvolkungspolitik, auch wenn der staatliche Akteur in diesem Fall kein fremder Staat ist, sondern der eigene. Im Ergebnis macht es für ein von Umvolkung betroffenes Volk keinen Unterschied, ob die siedlungspolitische Aggression ursprünglich von einem fremden Staat oder ihrem eigenen Staat ausging. Am Ende stehen die Menschen dieses Volkes

gleichermaßen als politisch einflusslose Minderheit im ehemals eigenen Land, den staatlich angesiedelten Kolonisten machtlos ausgeliefert, auf der historischen Verliererseite.

Das Buch zum Thema ist im Antaios-Verlag erschienen und kann auch [dort bestellt werden.](#)

